Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 12

Artikel: Ein Dritteljahrhundert Atlantikpakt : ein Bündnis ist keine Gemeinschaft
Autor: Aron, Raymond
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164160

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Raymond Aron

Ein Dritteljahrhundert Atlantikpakt

Ein Bündnis ist keine Gemeinschaft

Im Jahre 1972 konnte die Nato ihren 25. Geburtstag begehen. Wird sie noch vorhanden sein, um den 50. Jahrestag, ihre goldene Hochzeit zu feiern? Ich habe nicht die Absicht, auf diese Frage hier eine eindeutige Antwort zu geben, sondern will mich mit bescheideneren Überlegungen begnügen. War der Atlantikpakt nach dem letzten Krieg eine Realität? Hat er sich mit der Zeit abgenutzt, bedroht durch die zunehmende Entfernung des Alten Kontinents von der Neuen Welt, weil der eine sich seiner historischen Besonderheit bewusst wurde und die andere ihrer Imperiumsrolle müde und ihrer Mission unsicher geworden war?

Hüten wir uns, der Versuchung der zu Jungen und der zu Alten zu erliegen. Verklären wir nicht das Bild der Atlantischen Gemeinschaft, wie sie sich am Ende der vierziger Jahre von selbst gebildet hatte. Mit seiner Neigung zu weitausgreifenden historischen Perspektiven hat André Malraux aus der Nato eine Theorie entwickelt: um den Atlantik würde, wie in der Antike um das Mittelmeer, eine gemeinsame Zivilisation erblühen. In einem anderen Aufsatz nannte er die Vereinigten Staaten als Erben der europäischen Kultur.

In einem gewissen Sinn ist diese Vision von gestern, die gemeinsame Zivilisation, heute Wirklichkeit geworden. Die Fabriken, die Waren, der Lebensstandard ähneln sich heute weit mehr als zu jener weit entrückten Zeit, da das von Trümmern bedeckte Europa die reiche und siegreiche amerikanische Republik um Hilfe bat. Was die Wirtschaft, den Handelsaustausch und die Sitten angeht, trennt der Atlantik nicht länger mehr das «kleine Vorgebirge Asiens», auf dem die Industrielle Revolution entstand, von dem Kontinent, den die freiheitsdurstigen oder von Glücksverheissungen angezogenen Auswanderer bevölkert haben.

Im Lauf der Geschichte hat die kulturelle Gemeinsamkeit niemals das politische Bündnis nach sich gezogen. Im Gegenteil: die grossen Kriege haben sich häufig innerhalb eines zivilisatorischen Bereichs abgespielt. Die Europäer behaupten, dass der Krieg von 1914–1918 ein Bürgerkrieg gewesen sei. Und wir wiederholen diese Formulierung, weil wir nachträglich davon überzeugt sind, dass der Einsatz, um den es bei den Konflikten

zwischen den europäischen Nationen ging, keineswegs die Sturzfluten von Blut und von Hass rechtfertigte. Diese Nationen hatten sich in der Vergangenheit so manches Mal geschlagen, ohne hinterher ihre Siege oder Kämpfe zu verleugnen. Diesmal erklärt sich die Verleugnung aus den Folgen eines über alle Masse hinausgehenden Krieges. Es gelang den Siegern von 1918 nicht, einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Der Zweite Weltkrieg wurde von den peripheren Staaten gewonnen und der Ruhm Europas für immer ausgelöscht.

Gemeinsamkeit ist nicht Gemeinschaft

Wenn also der Atlantikpakt 1949 besiegelt wurde, so lag der Hauptgrund nicht in der Gemeinsamkeit der Zivilisation. Die Westeuropäer wählten sich vielmehr ohne Zögern den amerikanischen Beschützer gegen das arme, tyrannische und ideologisierte sowjetische Imperium. Freilich beruhte ihre Entscheidung auch auf der Verwandtschaft der politischen Institutionen auf beiden Seiten des Atlantiks. Alle Unterzeichner des Vertrags von 1949 mit der Ausnahme Portugals wurden demokratisch regiert (freie Wahlen, Rechtsstaat). Diese politische Gemeinsamkeit besteht auch heute noch, aber so wenig sie 1919 genügt hat, die Vereinigten Staaten in Europa festzuhalten, hätte sie es auch 1947 oder 1948 nicht getan, ohne das Vordringen bis ins Herz des deutschen Territoriums von Regimen, die dem von Moskau nachgeschaffen und ihm unterworfen sind.

In den Jahren 1948 und 1949 bewegten sich die Staatsmänner im Krebsgang auf die Zukunft zu. Amerikaner und Europäer wollten die Lehre aus dem verfehlten Frieden von Versailles ziehen und erinnerten sich an die Enthaltung der USA in den entscheidenden Jahren. Die Europäer wiederholten, sie wollten nicht befreit, sondern verteidigt werden. Die Amerikaner hatten erkannt, dass die Sicherheit Westeuropas für sie selber von vitalem Interesse war. Daher ergab sich das Bündnis sozusagen von selbst, sobald beide Teile erkannten, dass eine Gefahr vorhanden war.

Damals schien diese Gefahr deutlich zu sein. Die sowjetischen Truppen hatten Osteuropa einschliesslich eines Stücks des alten Deutschen Reiches besetzt. Die Amerikaner hatten ihre schlagkräftige Armee demobilisiert. Den Sowjets war es gelungen, auch die Tschechoslowakei zu sowjetisieren. Der Nordatlantikpakt besiegelte ein Faktum: die Vereinigten Staaten würden die imperiale Zone der Sowjetunion dulden, nicht aber eine weitere Ausdehnung. Ein Jahr später, nach dem Angriffskrieg Nordkoreas, schuf sich die Allianz eine militärische Organisation und lud die Deutschen ein, daran teilzunehmen.

So standen sich zehn Jahre nach der Kapitulation des Dritten Reichs zwei Koalitionen, zwei Armeen gegenüber, auf beiden Seiten einer Trennungslinie entlang der Wachttürme Ostdeutschlands, das inzwischen zur DDR geworden war. Zum ersten Mal besass eine Allianz in Friedenszeiten einen etablierten Generalstab mit einem Feldzugsplan, der auf eine einzige Bedrohung ausgerichtet ist.

Ist heute die Situation noch dieselbe wie 1949 oder 1955? Die Veränderungen springen ins Auge. Westeuropa besitzt ungeachtet der gegenwärtigen Krise alles zu seiner Verteidigung Erforderliche, mit Ausnahme der Kernwaffen, denn weder Grossbritannien noch Frankreich können dem atomaren Arsenal der Sowjetunion etwas Gleichgewichtiges entgegensetzen – wenn auf diesem Gebiet der Begriff Gleichgewicht überhaupt noch einen Sinn hat. Die Sowjetunion wiederum unterscheidet sich gründlich vom ausgebluteten, aber siegreichen Land, das die Welt erzittern liess. Wenn man sich an die Ziffern des International Institute of Strategic Studies in London hält, unterhält sie in Mitteleuropa eine Panzerarmee, die den vereinigten Streitkräften der Nato an Zahl überlegen ist. Ohne die amerikanische Armee liesse die Unterlegenheit der Nato den Westeuropäern im Falle eines unmittelbar aus dem Osten kommenden militärischen Angriffs nicht die geringste Chance.

Muss man diese seit 1950 anhaltende Situation als normal oder unnormal, als vorübergehend oder beständig betrachten? Sicherlich als beständig, weil sie schon so lange anhält und die amerikanischen Stimmen zugunsten eines Rückzugs der Truppen aus Europa leiser als vor einigen Jahren geworden zu sein scheinen. Das Mansfield-Memorandum ist zwar noch nicht vergessen, aber augenblicklich wird es weder von den Demokraten noch von den Republikanern aufgegriffen. Und doch ist in vielen Hinsichten die Lage unnormal. Angesichts des Verhältnisses der wirtschaftlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten und in Europa müsste der Atlantikpakt, ohne gleich abgeschafft zu werden, durch eine andere Verteilung der Lasten und Aufgaben reformiert werden.

Geminderte Wirtschaftshegemonie

1945 genossen die Vereinigten Staaten eine Vormachtstellung, wie Grossbritannien sie ein Jahrhundert zuvor innehatte. In wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Hinsicht besetzten sie den ersten Rang. Der amerikanische Geldmarkt übertraf alle anderen, das Bruttosozialprodukt machte noch die Hälfte sämtlicher anderen Länder ausserhalb der sowjetischen Zone aus. Dieser Anteil ist von 50 Prozent auf 30 Prozent gefallen

und ist weiter im Sinken begriffen, so dass er am Ende des Jahrhunderts sich den 20 Prozent nähern wird. Dieses relative Abfallen beruht darauf, dass sich die amerikanische Wirtschaft langsamer entwickelt hat als die anderer Länder; auch ist noch ein Unterschied zu bedenken: die Entwicklungsländer erzielen häufig höhere Wachstumsraten als die schon weitgehend industrialisierten Länder. Das Wachstum resultiert teilweise auf dem Hinüberwechseln der Handarbeiter von unproduktiven zu produktiveren Tätigkeiten, z. B. der überzähligen landwirtschaftlichen Kräfte zur Industrie. Aber auch manche industrialisierten Länder, im besonderen Japan, machen weiterhin schnellere Fortschritte als die Vereinigten Staaten und übertreffen die amerikanische Industrie in Spitzensektoren, namentlich in der Elektronik.

Im Zeitpunkt des Korea-Krieges verdoppelten die Vereinigten Staaten ihr Militärbudget in wenigen Monaten, ohne deshalb irgend einer sozialen Gruppe der Bevölkerung Opfer aufzuerlegen. Ronald Reagan dagegen musste, um sein Militärbudget von 5 auf 6 und dann auf 7 Prozent des Bruttosozialprodukts zu steigern, die Sozialausgaben heruntersetzen und hohe Budget-Defizite in Kauf nehmen. Die Vereinigten Staaten blieben zwar Nummer 1 – der einzige Staat, der gleichzeitig den Raum, die Zahl und die Arbeitsproduktivität besitzt; aber seine militärische Überlegenheit gegenüber dem Feind und seine wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber seinen Alliierten sind gleichzeitig in Frage gestellt. Mehr noch: es ist nicht undenkbar, dass die militärischen Anstrengungen der Vereinigten Staaten teilweise für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich sind; 28 Prozent der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung sind der Rüstung gewidmet; in Deutschland beträgt der Anteil 7 Prozent, in Japan sogar nur 4 Prozent.

Welchen Schluss soll man aus diesen Ziffern ziehen? Die Führer in Washington werden sich eines schönen Tages der mittelfristigen Gefahren bewusst werden, die sich aus der imperialen Rolle für die amerikanische Republik ergeben. Fast allein bemüht sie sich, die sowjetische Expansion im Nahen Osten und in Asien einzudämmen. Die Europäer, in erster Linie die Deutschen, weigern sich, an einer Weltpolitik mitzuwirken. Der Sturz des Schahs von Iran, die sowjetische Besetzung Afghanistans schaffen eine Bedrohung im Persischen Golf und damit für das den Europäern unentbehrliche Öl. Doch Europa, vielleicht mit der Ausnahme Frankreichs, weigert sich, von dieser Drohung Kenntnis zu nehmen. Den Vereinigten Staaten fällt die Aufgabe zu, eine Eingreiftruppe zu organisieren, die geeignet ist, schnell an Ort und Stelle zu handeln. Selbst wenn sie dazu fest entschlossen wären, besässen die Europäer gar nicht die notwendigen Mittel, um die Amerikaner zu ersetzen. In Ermangelung von Flottenstützpunkten und Flugzeugträgern überlassen sie ihrem grossen Alliierten die

Verantwortung für den Schutz einer Zone, die für sie selbst viel wichtiger ist als für die USA. Auf der westlichen Halbkugel fehlt es nicht an Öl für den Bedarf der nordamerikanischen Wirtschaft. Für die Europäer sieht die Lage anders aus.

Hindernisse der Arbeitsteilung

Mit vollem Recht könnte Washington von seinen Partnern umfänglichere Unterstützung verlangen. Aber worin sollte diese bestehen? Auf dem Papier, in der Abstraktion könnte die Antwort sehr einfach sein: die Europäer müssten den grösseren Teil der Truppen stellen, nur mit konventionellen Waffen, während die Amerikaner ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte erheblich verringern, nur Truppenteile zurücklassend, die ihre Verpflichtung symbolisch zum Ausdruck bringen, und ausserdem die Kontrolle der Kernwaffen behalten. Diese Arbeitsteilung, wenn man sie so nennen will, stösst auf ganz augenfällige Hindernisse. Wenn man davon ausgeht, dass die Nato weiterhin die Doktrin der «flexible response» beibehält, d. h. den Rückgriff auf die taktischen Atomwaffen, im Falle oder im Augenblick, da die westlichen Armeen in die Gefahr geraten, überrannt zu werden, kann man die amerikanische Armee nicht so weit zurückschrauben. Damit der amerikanische Präsident den Befehl oder die Erlaubnis geben kann, Atomwaffen einzusetzen, muss er von einem amerikanischen Operationskommando informiert und beraten werden. Und wie könnte dieses Kommando Entscheidungen treffen, wenn sich unter seinem Befehl nur nicht-amerikanische Truppen befänden? Solange die Doktrin der Nato den gemischten Einsatz von konventionellen und atomaren Waffen vorsieht, könnte eine amerikanische Armee auf eine oder zwei Divisionen beschränkt werden. Doch sie liesse sich nicht auf die Dimension von ausschliesslich für die Kernwaffen bestimmten Truppen zurückführen, ohne von Grund auf in ihrer Funktion verändert zu werden. Und auch die Nato würde sich dadurch einschneidend wandeln.

Vielleicht bietet sich ein neuer Ausweg dank der Doktrin des «no first use». Der Westen würde damit feierlich erklären, niemals als erster von Kernwaffen Gebrauch zu machen. Gleichzeitig beschliessen die Europäer gemeinsam, Streitkräfte aufzustellen, die zusammen ein Gegengewicht, wenn nicht für die Gesamtheit der sowjetischen Armeen, so doch für die auf dem Boden der DDR massierten Truppen darstellen. Eine plötzliche Verstärkung dieser Streitkräfte gäbe sozusagen ein Alarmzeichen, die Europäer und Amerikaner würden darauf mit vergleichbaren Massnahmen antworten, und das Atlantische Bündnis käme damit ins Spiel.

Im aktuellen Zusammenhang betrachtet, steht die Doktrin des «no first use» dem vernünftigen Dialog zwischen Europäern und Amerikanern eher im Weg. Die ersteren verstehen diese stragetische Revision als das Eingeständnis, dass die Amerikaner, seit sie verwundbar geworden sind, keine Entscheidungen mehr treffen können oder wollen, die ihr Land in eine Kriegs- und Zerstörungszone verwandeln würde – ein im übrigen begreifliches Eingeständnis: Welcher amerikanische Präsident würde auf einen Knopf drücken wollen, mit dem ein strategisches Geschoss auf eine sowjetische Stadt losgelassen wird, wenn er weiss, dass dann eine amerikanische Stadt das gleiche Los träfe?

Die Franzosen behaupten ihrerseits, dass sie nicht zögern würden, es zu tun, wenn ihr «sanktuarisiertes» Territorium angegriffen würde. Doch niemand weiss, ob die Verantwortlichen wirklich täten, was sie heute ankündigen, falls die Abschreckung versagt hat. Der Fall Amerikas ist einzigartig: es hat mit seinem potentiellen Gegner keine Landgrenze. Die Reaktion auf einen Angriff wäre gewiss. Was die französische Abschreckung ungewiss macht, ist die Meinung der Theoretiker, dass der Präsident der Republik im Falle eines Angriffs mit konventionellen Kräften auf keinen Fall das Überleben der ganzen Nation in Frage stellen würde.

Ungleiche Gefährdung

Die Führer in Washington können nichts dafür, dass die Geopolitik ihr Land begünstigt und die Lage ihrer Alliierten erschwert. Diese dürfen nur hoffen, dass der Feind durch die Androhung von Repressalien von einem Kernwaffen-Angriff abgebracht wird. Aber können sie darauf setzen, dass die Drohung einer atomaren Antwort genügt, ihm von einem mit konventionellen Waffen geführten abzuraten? Wie auch die Sprache des amerikanischen Präsidenten geartet sei, die Männer im Kreml werden nicht genau wissen, ob er das Überschreiten der nuklearen Schwelle anordnen wird.

Für den Augenblick hat sich die Reagan-Regierung noch keineswegs die Doktrin des «no first use» zu eigen gemacht. Aber die Diskussion darüber wird aktuell bleiben, aus zwei Gründen, die einer wie der andere triftig sind: jede Kernwaffe, ob taktisch oder strategisch, ist schreckenerregend; jede, die in Westeuropa explodiert, würde höchstwahrscheinlich eine Art Panik hervorrufen. Zwar würde die Explosion einer Atombombe noch nicht die Steigerung zum Äussersten bedeuten, aber niemand weiss, an welchem Punkt die Eskalation stehen bleiben würde. Ausserdem haben die Amerikaner ein legitimes nationales Interesse daran, dass sich die Feindselig-

keiten in Europa nicht auf ihr eigenes Territorium ausdehnen. Umgekehrt befürchten die Europäer, dass sich, wenn die nukleare Drohung ausgeschaltet wird, die Möglichkeit des klassischen grossen Krieges wieder einstellt, der zwar weniger katastrophal wäre als ein Atomkrieg, aber dessen Verwüstungen die Europäer allein zu ertragen hätten.

Die Spannung zwischen den Amerikanern und den Europäern wird also gleichzeitig gesteigert durch die Verteilung der Lasten, die von den einen als ungerecht empfunden wird, und durch die Verteilung der Gefahren, die wieder von den anderen als gleichermassen ungerecht angesehen wird. Die Europäer müssten mehr für ihre Verteidigung zahlen, aber sie fürchten beinahe ebenso einen begrenzten Atomkrieg wie einen ernsten klassischen Krieg in Europa. Die Ursache dieser «transatlantischen Missverständnisse» hängt mit dem relativen Absinken der Vereinigten Staaten zusammen und mit der Schwierigkeit, eine Organisation aufrechtzuerhalten, die aus einer Zeit stammt, in der die amerikanische Republik zugleich ihrem Feind und ihren Verbündeten überlegen war. Und weil die USA in wirtschaftlicher Hinsicht ihren Verbündeten nicht überlegen sind, fällt ihnen die Last ihrer Verpflichtungen schwer, obwohl diese Überlegungen vorläufig der Reagan-Regierung noch fremd bleiben. In diesem Zusammenhang offenbart sich in der Frage der Erdgasleitung eine weitere, genauso tiefe Meinungsverschiedenheit. Um es in einem Ausspruch von Kissinger zusammenzufassen: Können sich die Europäer auf die Dauer das Monopol der Entspannung einräumen, während die Vereinigten Staaten für die Eindämmung sorgen?

Am Ende der vierziger Jahre fühlte sich Westeuropa bedroht und verlangte von Washington ein förmliches Versprechen, dass es sich an der Verteidigung gegen jeden aus dem Osten kommenden Angriff beteiligen würde. Heute sieht es so aus, als ob die Europäer den amerikanischen Schutz fürchteten. Wenn sie die Pershing II zurückweisen, meinen sie damit nicht die GIs, aber es enthüllt eine Stimmung. Dieser Wandel erklärt sich vielleicht aus dem veränderten Kräfteverhältnis, aber er hängt auch mit der friedlichen Koexistenz zusammen, die den Westeuropäern heute ganz normal erscheint, während die Teilung Deutschlands vor 35 Jahren in ihren Augen skandalös war und die Teilung Berlins vor 20 Jahren geradezu infam. Man gewöhnt sich eben an alles, einschliesslich der Schandmauer.

Während der Jahre der Entspannung zwischen Moskau und Washington, selbst als Henry Kissinger mit dem Gedanken eines Kondominiums kokettierte, entwickelten sich die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion nur sehr langsam. Verkauf von Rohstoffen auf der einen Seite, Verkauf von Getreide auf der anderen, das waren und sind noch heute die hervorstechendsten Posten dieses Austauschs; ihr Umfang bleibt

für den einen wie den andern Partner geringfügig, er liegt unter einem Prozent ihrer Einfuhr oder Ausfuhr. Wahrscheinlich lässt der geringe Gesamtwert dieses Austausches seine Bedeutung für beide Teile unterschätzen: die Sowjets kauften in den Vereinigten Staaten eine Spitzentechnik ein, die sie in Deutschland, England oder Frankreich nicht finden, während die Farmer des Mittelwestens nirgendwo einen anderen Käufer für die mehreren 10 Millionen Tonnen Getreide finden würden. Das von Carter dem Verkauf von bestimmten technischen Geräten aus der Ölgewinnung und von Getreide auferlegte Embargo enthüllte schlagartig die Besonderheit dieser Handelsbeziehungen, die trotz des bescheidenen finanziellen Umfangs für beide Partner keineswegs bedeutungslos ist.

Warum aber haben die Sowjets den Handel mit Europa dem Handel mit den Vereinigten Staaten vorgezogen? Man braucht sich dazu keine machiavellischen Hintergedanken, keinen geostrategischen Plan auszumalen. Die Sowjets haben für die deutsche Technik den Respekt bewahrt, den Lenin und seine Genossen für die Heimat von Karl Marx besassen, für das Land der grossen Sozialdemokratie und der geplanten Kriegswirtschaft. Die Bundesrepublik verfolgt in Richtung Osten eine Tradition der Ausdehnung, in Friedenszeiten in wirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht. Ausserdem gewährt sie der DDR Ausnahmebedingungen: sie öffnet den Produkten des anderen Deutschland ihre Grenzen und räumt einen Jahreskredit ein. Obendrein drückten sich de Gaulles Annäherungsdiplomatie mit Moskau und die Ostpolitik Willy Brandts auf ganz natürliche Weise in Handelsverträgen aus. Alle europäischen Länder wetteiferten darum, Aufträge zu erhalten und bewilligten Zinssätze, die normalerweise den Entwicklungsländern vorbehalten sind. Einige Länder lieferten schlüsselfertige Fabriken, wobei die Bezahlung durch die Erzeugnisse eben der Fabrik erfolgen sollte, die erst auf Kredit und mit der Hilfe von deutschen oder französischen Ingenieuren erstellt worden war. (Manchmal, wie im Fall des in Moskau von einer französischen Firma gebauten Hotels, waren sogar die Arbeiter importiert worden.) Einige dieser Austauschgeschäfte, wie die Errichtung einer Aluminium-Fabrik, deren Kaufpreis in Aluminium bezahlt werden sollte, erscheinen mir als der Gipfel jener kapitalistischen Geistesverwirrung, auf die Lenin bei der Verwirklichung seiner Pläne gesetzt hatte.

Kein Wandel durch Handel

Der Ost-West-Handel zwischen beiden Teilen Europas bleibt nebensächlich. Die Jahresziffer des französischen Exports nach der Sowjetunion erreicht kaum die Hälfte des monatlichen Defizits des Aussenhandels im

Sommer und Herbst des Jahres 1982 (rund ein Dutzend Milliarden Francs). Selbst für die Bundesrepublik Deutschland stellt das gesamte sowjetische Europa keinen Abnehmer oder Lieferanten erster Ordnung dar. Aber in einer Zeit der Rezession verdienen auch Partner, die im ganzen 4 bis 5 Prozent der Aussenhandelsabschlüsse für sich beanspruchen können, ernstgenommen zu werden. Die Art der an die Sowjetunion verkauften Güter – Fertigfabrikate und schlüsselfertige Fabriken – interessiert die Grossindustrie.

Es gab einmal eine Zeit, in der der ost-westliche Austausch durch ein erfolgreiches Buch, «Die Waffen des Friedens» von Samuel Pisar (1970), aber auch durch die Illusionen der Politiker geradezu verklärt wurde. Die westlichen Ideen würden den Eisernen Vorhang zugleich mit den Warenlieferungen durchdringen. Die sowjetische Gesellschaft würde sich an die westliche Technik anpassen, und aus der Anpassung an die Technik würde sich eine Bekehrung der Geister und der Institutionen ergeben. Inzwischen wissen wir, dass die Menschen und die Maschinen von der sowjetischen Gesellschaft isoliert sind, was sich in vieler Hinsicht ungünstig auf die Schlagfähigkeit des Systems auswirkt, aber vorteilhaft gegenüber der westlichen Korruption ist.

Die Frage bleibt gestellt, ob der Westen den Sowjets mehr gibt als er von ihnen bekommt. Wird er beim Ost-West-Handel verschaukelt? Oder ist dieser Handel ein integraler Bestandteil der Entspannung? Erlaubt der Westen den Sowjets damit, ein riesiges Militärbudget aufrechtzuerhalten, und vermehrt er damit nicht noch die Gefahr? Finanzieren die Europäer ausser ihrem eigenen auch noch den Wehrhaushalt der Sowjets? Alle diese Fragen stellen sich einige Europäer schon seit Jahren. Auch die Amerikaner stellen sie mit zunehmendem Nachdruck.

Hier soll von der Prämisse ausgegangen werden, dass die Westeuropäer aus einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht auf den Handel mit der sowjetischen Welt verzichten werden. In der Vorstellung der Regierungen und der Bevölkerungen lässt sich dieser Austausch nicht von der Entspannung trennen, was auch immer der genaue Sinn dieses Begriffes sein mag. Und niemand unterschätze in einer solchen Epoche die Aufträge an die Industrie! Die Diskussion kann sich also nur mit den Modalitäten und dem Umfang beschäftigen.

Die Konstruktion der Erdgasleitung durfte schon schockieren. Eine Rohrleitung von Tausenden von Kilometern Länge, die Erdgas bis in die äussersten Enden Westeuropas heranbringen soll, lässt an die grossen sowjetischen Projekte aus der Stalinzeit denken, wie den Don-Kanal, den Tausende von Zwangsarbeitern bauten. Haben die Europäer Herz und Verstand verloren, wenn sie nun ihrerseits die modernen Pyramiden finan-

zieren? Ausser diesem politisch-moralischen Argument lassen sich noch zwei andere gegen das Unternehmen ins Feld führen: für ihre Energieversorgung werden die Europäer nunmehr von dem guten Willen der Sowjets abhängen, die ihnen je nach Laune und bei jedem diplomatischen Zwischenfall den Hahn zudrehen oder wieder aufdrehen können. Ausserdem stellen sie den Sowjets einen jährlichen Devisenbetrag zur Verfügung, der ihre gesamten bisherigen Einkünfte aus Verkäufen an den Westen ungefähr verdoppelt.

Die Amerikaner überschätzten die erste dieser beiden Gefahren. Wenn den Sowjets an diesem Ost-West-Austausch gelegen ist, werden sie nicht ohne einen zwingenden Grund ein an sich beschränktes Druckmittel verwenden. Selbst die Bundesrepublik würde nur für 30 Prozent ihrer Versorgung an Erdgas von den Sowjets abhängen, wobei das Gas wiederum nur für ein Viertel der vom Lande verwendeten Energie zuständig ist. Der zweite Einwand erscheint mir sehr viel stärker: würde die Erdgasleitung, indem sie der Sowjetunion gewaltig vermehrte Mengen an ausländischer Valuta erschliesst, dem Ost-West-Handel mittelbar einen neuen Impuls geben?

Der Streit um die Erdgasleitung hat mit einem Kompromiss geendet. Die Kontrolle über den Verkauf der zur Vermehrung der militärischen Schlagkraft der UdSSR geeigneten Spitzentechnik wird verstärkt. Vielleicht werden die Europäer an der Errichtung der zweiten Erdgasleitung nicht mehr mitwirken. Kann aber die Atlantische Allianz fortbestehen, wenn zwischen Washington und Bonn eine grundlegende Meinungsverschiedenheit über die Perspektiven und über die Haltung gegenüber der Sowjetunion besteht?

Der Marshall-Plan war die erste Etappe der Eingliederung Westdeutschlands in die westliche Welt. Der Atlantikpakt schuf den Rahmen, in dem die Wiederaufrüstung Deutschlands für Frankreich akzeptabel wurde. Als Frankreich aus dem integrierten Oberkommando der Nato auszog, verlagerte sich der Schwerpunkt der Allianz. Nicht länger mehr waren die Verbündeten aus dem letzten Krieg auf dem Kontinent die privilegierten Partner der Vereinigten Staaten, sondern diese Rolle fiel ganz natürlich der Bundesrepublik zu, weil sie der Zahl, der Rüstung und der Ausbildung nach die besten Truppen stellt, aber auch weil sie an der vordersten Front steht und im Fall einer feindlichen Auseinandersetzung als erste betroffen ist.

Sicherlich werden durch den Rückzug Frankreichs aus dem vereinigten Oberkommando in Friedenszeiten die Nachschubfragen schwieriger gemacht. Für moderne Armeen mangelt es dem Raum zwischen der Ostgrenze der Bundesrepublik bis zur Atlantik-Küste an Tiefe. Wenn die Nato-Truppen vom französischen Raum keinen Gebrauch machen können, sind

sie gezwungen, das Schicksal des Krieges durch Vorwärtsverteidigung zu entscheiden. In dieser Hinsicht bildet Frankreich einen Eckstein des gesamten Westens. Ein zum Neutralismus abgleitendes oder zur Volksdemokratie gewordenes Frankreich würde der Nato einen Todesstoss versetzen, aber das gleiche gilt für eine eventuell dem Neutralismus zuneigende Bundesrepublik Deutschland.

Deutsche Interessen

Helmut Schmidts Deutschland war für den Neutralismus nicht anfällig. Die Anhänger des Atlantik-Paktes haben in den Wahlen einen deutlichen Sieg über die Grünen und Alternativen davongetragen. Ich glaube auch nicht, dass die Gefahr von ihnen kommt, wenngleich ihr relativer Erfolg auch zumindest auf eine Tendenz der öffentlichen Meinung hinweist. Die Hauptsache ist, dass die Bundesrepublik sich ihrer selbst bewusst geworden ist, als ein verstümmeltes Deutschland, eines Bruchstückes des deutschen Volkes, das durch die Folgen des letzten Krieges gehindert wird, sein eigenes Schicksal zu entscheiden.

1952 habe ich an der Frankfurter Universität eine «Rede an die deutschen Studenten» gehalten, in der ich folgende, damals noch keineswegs einstimmig akzeptierte These vertrat: die Teilung Deutschlands ist zugleich das Symbol und die Bestätigung der Teilung ganz Europas. Sie wird ebenso lange dauern wie die Teilung des ganzen Kontinents. In einem Europa, dessen beide Hälften sich unter der Herrschaft oder dem Einfluss einer der beiden Supermächte befinden, wird keine dieser beiden zulassen, dass das ganze Deutschland sich dem Lager des anderen anschliesst. Könnte es ein vereinigtes neutrales Deutschland zwischen beiden geben? In dieser heute schon so fernliegenden Zeit schloss ich diese Hypothese aus: da dieses geeinte Deutschland entweder nach demokratischen oder nach sowjetischen Methoden regiert werden müsste, könnte es nicht neutral sein, sondern stünde ideologisch entweder auf der einen oder auf der anderen Seite. Wohl haben die Sowjets ein demokratisches und neutrales Österreich hingenommen. Aber dank seiner Wirtschaftskraft und militärischen Möglichkeiten gehört Deutschland nicht in die gleiche Kategorie wie Österreich. Was man dem einen zugebilligt hat, würde man dem andern nicht gewähren.

Damals kommentierte die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» meine Ausführungen und schrieb, dass ich zu Unrecht glaubte, die Westdeutschen träumten jeden Tag von der Wiedervereinigung und von ihren Brüdern jenseits der Demarkationslinie. Das funkelnagelneue, eben erst der Nacht entronnene Deutschland Adenauers war ganz und gar mit seinem Aufbau

beschäftigt und brachte es ganz ohne schlechtes Gewissen fertig, seine Brüder auf der schlechten Seite sich selbst zu überlassen. Wenn ich heute einen Vortrag mit der gleichen Auffassung hielte, würde sich die Haltung der Hörer wie die der Presse von jener der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» von 1952 unterscheiden. Zumindest würde man den kategorischen Ton meiner Analyse angreifen und meine Meinung, dass die Teilung so dauerhaft wie das Sowjetreich in Europa sei.

Während die Trennung der beiden Staaten fortbesteht, hat sich der moralische Abstand zwischen den beiden Teilen Deutschlands verkürzt. Auf die «Ostpolitik» Brandts haben die Regierenden der DDR zwar in Worten durch die «Abgrenzung» geantwortet, was auf eine Verstärkung der Grenze hinweist. Doch sind sie in dieser Hinsicht meiner Meinung nach eher gescheitert. Die beiden Deutschland haben keine Illusionen über ihre Wiedervereinigung in kurzer Sicht, aber der Kanzler der Bundesrepublik, wie er auch heissen möge, wird die Auswirkungen der «Ostpolitik» nie in Frage stellen.

Deren Folgen sind die Rückkehr von Deutschen aus den Ländern des Ostens, die Familienzusammenführung, die bessere Kommunikation zwischen den beiden Bevölkerungen. Der wirtschaftliche Austausch, der von Washington gesehen als Beitrag zu den sowjetischen Aufrüstungsanstrengungen erscheint, ist für Bonn ein Bestandteil der wachsenden Annäherung der beiden Teile, gehört zu einer Langzeit-Politik, die auf kurze Sicht das Leben der Deutschen weniger unerträglich macht.

Werden die Regierenden in Washington ein Deutschland verstehen und akzeptieren, dessen nationales Interesse – nämlich gute Beziehungen mit Moskau zu haben – sich nicht von selbst mit dem nationalen Interesse der Vereinigten Staaten decken? Werden sie weiterhin eine Armee in Europa unterhalten, wenn Deutschland der Sowjetunion hilft, ihre Überrüstung fortzusetzen? Diese Fragen rufen uns das am Anfang aufgeworfene Problem in die Erinnerung zurück.

Wenn wir als Gemeinschaft ein Land oder eine Gruppe von Ländern bezeichnen, deren Kulturen zur gleichen Familie gehören, dann stellen die Europäer und die Amerikaner heute genauso eine Familie dar wie in den vierziger Jahren, nicht mehr und nicht weniger. Oder vielmehr: in einem Sinne mehr, in einem andern Sinne weniger. Mehr insofern als der europäische Wohlstand, ungeachtet der Krise, in vieler Hinsicht die Lebensweise, die Gewohnheiten, die Freizeitgestaltung und die Mode auf beiden Seiten des Atlantiks einander näher bringt. Die Studentenrevolten gingen von Berkeley aus und erreichten schliesslich die Freie Universität in Berlin – Enklave inmitten der DDR. Genauso waren sie in Japan am andern Ufer des Pazifiks ausgebrochen.

Wer will sich abkoppeln?

Weniger in einem andern Sinne: was sich geändert hat, ist das Nationalbewusstsein und die Art, in der sich die Welt politisch darstellt. Vor 30 Jahren fürchteten sich die entwaffneten Europäer vor dem Überfall der sowjetischen Kohorten und begrüssten mehrheitlich das amerikanische Eingreifen in Korea. Sie empfanden die von Truman getroffenen Entscheidungen als Bestätigung der Gültigkeit der im Atlantikpakt ausgesprochenen Garantie. Staatssekretär Dean Acheson sagte mir im Jahre 1950: «Es ist der Atlantikpakt, den wir in Seoul retten.» Aber schon im Verlauf des Vietnam-Krieges weigerten sich die Europäer, den Kampf der Amerikaner als eine legitime Anwendung ihrer Politik des «engagement» zu betrachten. Nach ihren Reden zu urteilen, empfanden sie die Unterstützung, die das amerikanische Expeditionskorps der Regierung von Saigon leistete, als ungerechtfertigt und unmoralisch. Diese oft im besten Glauben vorgebrachten Argumente enthüllten in tieferen Schichten den Geisteszustand der meisten Europäer, einschliesslich der Staatsmänner, die sich noch, besonders in Bonn, verpflichtet glaubten, sich mit der amerikanischen Republik solidarisch zu erklären. Diese Westler haben auf dem Papier die Folgen des letzten Krieges anerkannt und die Aufgliederung des Territoriums, wie es sich aus den Bewegungen der Streitkräfte ergab. Die Europäer wollen nicht, dass die friedliche Koexistenz, ihre Entspannung, durch entlegene Konflikte, die sie zwar angehen (was sie aber nicht wahrhaben wollen), in Frage gestellt wird. Sie kümmern sich um ihre regionalen Interessen und weniger um die weltumspannenden Interessen der Vereinigten Staaten.

Der Verschleiss der europäisch-amerikanischen Gemeinsamkeit hat keinen andern Sinn als diesen: Europa wünscht die Anwesenheit der Amerikaner um seiner Sicherheit willen, um mit der Sowjetunion von gleich zu gleich verhandeln zu können; Europa wünscht aber nicht, dass die Spannungen der beiden Grossen auf die Beziehungen der beiden europäischen Blöcke zurückwirken. Die Regierung in Bonn möchte, ungeachtet einer mehr lautstarken als zahlreichen Opposition, ebenfalls eine amerikanische Garantie, ohne in der übrigen Welt irgend etwas als Gegengabe anzubieten. Soll man nun sagen, dass die Deutschen die sowjetische Drohung verkennen, oder dass sie sich weigern, über die Grenzen des «kleinen asiatischen Vorgebirges» – wie Paul Valéry Europa nannte – hinauszublicken? Das Problem bleibt jedenfalls bestehen. Wird die amerikanische öffentliche Meinung ein Bündnis aufrechterhalten, bei dem die Republik mehr gibt als sie bekommt? Wenn die Europäer in solchem Masse von der Friedfertigkeit der Sowjets überzeugt sind, dass sie sie mit Krediten und mit technischen Lieferungen überschütten, weshalb sollten die USA dann

noch die Kosten für Hunderttausende von GIs in mehreren tausend Kilometer Entfernung von ihrer Heimat aufbringen?

Zur gleichen Zeit neigt der Schwerpunkt der amerikanischen Politik dazu, sich zu verlagern. Mit Jimmy Carter waren die Männer aus Georgia gekommen, welche die europäischen Diplomaten nicht als kompetente Ratgeber des mächtigsten Mannes sehen konnten. Ronald Reagan kommt mit seinen Kaliforniern, die vom Alten Kontinent sehr weit entfernt sind. Das Bündnis aber wurde zur Zeit der von beiden Parteien getragenen Diplomatie geschlossen, die vom Geist des Establishment der Ostküste durchdrungen war. Dieses Establishment hat in der Vietnam-Krise Selbstmord begangen. Es war für die eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich, schob jedoch den Republikanern und Richard Nixon die ganze Last zu, von der es selbst einen Teil hätte übernehmen müssen. Seither ist die Aussenpolitik Washingtons weniger vorhersehbar geworden. Jimmy Carter wurde gewählt, weil er eine Verringerung der Militärausgaben versprochen hat; Ronald Reagan, weil er eine massive Wiederaufrüstung ankündigte. Werden die Europäer mit weiteren widersprüchlichen Parolen zu rechnen haben?